Sie setzen Zeichen für die Vielfalt

Bad Vilbel Nach Schmähbrief der AfD an das Georg-Büchner-Gymnasium stehen die anderen Parteien der Schule bei

Mit dem Projekttag "Menschenrechte" geht das Georg-Büchner-Gymna-sium Bad Vilbel vielfältige Wege. Altersgerecht setzen sich die Schüler mit verschiedenen Facetten der Gesellschaft auseinander. Dabei geht es auch um Extremismus. Doch der AfD ist das nicht umfassend genug.

VON THOMAS KOPP

"Kein Kind darf geschlagen werden", steht auf einem Luftballon, den die zwölfjährige Mia am 20. Juni vom Georg-Büchner-Gymnasium beim Projekttag "Menschenrechte" in die Luft steigen ließ. "Unsere Schüler sollen später einmal nicht nur mitlaufen, sondern aktiv werden, um die Welt positiv zu verändern", wünschen sich Silke Schellhaaß, Elly Eise und Michael Reißfelder, die Organisatoren des Tags. Dazu gehört für sie in den älteren Jahrgängen auch der Umgang mit Frem-denfeindlichkeit, Extremismus und Fundamentalismus.



Prangert "Herr-schaft über di Kinderbetten" an: AfD-Kreissprecher Andreas Lichert.

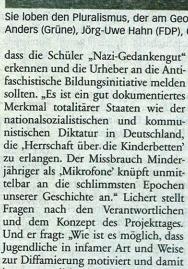
So geht es darum, wie man couragiert handeln und sich gegen menschenverachtende Einstellungen und Neonazis zur Wehr setzen kann. Doch hier fehlt dem Wetterauer Kreisverband der AfD ein Segment. "Das klingt löblich, ist es aber nicht, sofern ausschließlich Gefahren für Demokratie und Rechtsstaat von ,Rechts', aber nicht von "Links' dargestellt werden", schreibt Kreissprecher Andreas Lichert an Schulleiterin Claudia Kamm.

Erinnern an Diktaturen

Lichert verweist auf sinkende Zahlen rechtsextremer Gewalttaten, während linksextreme Attacken zugenommen hätten. Er bezieht sich dabei auf den jüngsten Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz vom 24. Juli.

Lichert verweist darauf, dass ein gleicher politischer Abstand zu den Extremen keine "Geschmacksfrage, sondern dringendes Gebot verantwortungsbewussten Handelns" sei. Es sei nicht dabei geblieben. So sei die NPD mit der AfD verglichen worden, mit der Einschränkung, "dass die AfD in den Medien besser rüberkommt". Dies verletze das schulische Neutralitätsgebot.

Noch schlimmer empfindet Lichert,



instrumentalisiert werden sollen?" Rektorin Claudia Kamm legt in ihrer Antwort dar, dass der Tag von der Gesamtkonferenz organisiert worden sei. "Die Grundidee – das Hinführen der Schüler zur Kompetenz der Meinungsbildung, wie es die Bildungsstandards des Landes Hessen vorsehen geschah dabei dem Alter angemessen in unterschiedlichen Workshops, die sich jeweils vor allem an den Înteressen der Kinder orientierten."

Kamm geht auf die unterschiedlichen Aufgabenstellungen ein, dabei auch auf das Thema "Extremismus und Fundamentalismus". Bei Rollenspielen "im Mittelpunkt standen dabei der Umgang mit menschenverachtendem Verhalten und menschenverachtenden Grundeinstellungen". So sei es um "Kirche und Nationalsozialismus", aber auch die Diskriminierungen von Behinderten gegangen.

Politik unterstützt Schule

Schüler sollten so zur Rechtsstaatlichkeit erzogen werden. Dabei folge man dem anerkannten Beutelsbacher Konsens, der kontroverse Themen den Schülern auch so vermittele. "Die Breite des Aktionstages macht deutlich, dass Haltungen und Handlungen, die Menschenrechte einschränken oder missachten, sehr kontrovers diskutiert wurden. Einseitigkeit oder gar Indoktrination liegen auf der Grundlage des Beutelsbacher Konsenses und bei Betrachtung der Themenbreite des Aktionstages ebenso wenig vor wie Motivation zu Diffamierung und Instrumen-

talisierung unserer Schüler." Unterstützung erhält Kamm von allen im Bad Vilbeler Stadtparlament vertretenen Fraktionen. Diese nehmen gemeinsam Stellung: "Die Fraktionen begrüßen es ausdrücklich, dass sich bereits seit Jahren die Schüler des Georg-Büchner-Gymnasiums jeweils altersgerecht mit dem Thema Menschenrechte an einem Projekttag beschäftigen. CDU, SPD, Grüne, FDP und Freie Wähler sehen es als wichtige Aufgabe an, dass sich Kinder und Jugendliche mit der Situation der Menschenrechte weltweit, aber auch in ihrem Alltag,

auseinandersetzen."

kanntes pädagogisches Konzept sei, die Schüler bei der Themenauswahl zu beteiligen. Wenn der Schülerwunsch bestehe, sich mit Rechtsextremismus zu beschäftigen, "so ist dies ein berechtigtes Anliegen, dass durch jüngste Vorkommnisse eher noch verstärkt wird. Eine Relativierung von extremistischen Umtrieben durch Verweis auf andere Formen des Extremismus ist nicht hilfreich."

Und weiter: "Wir wenden uns gegen jede Form von Extremismus, egal ob er rechts, links, religiös, rassistisch oder völkisch motiviert ist. Die Aufklärung heerenden Folgen ist ein wichtiger Bestandteil des Regelunterrichts. Wenn darüber hinaus bei einem Projekttag eine vertiefende Behandlung stattfindet, ist dies zu begrüßen."

Das Melden und Anzeigen von extremistischen Umtrieben sei keine Denunziation, sondern demokratische Bürgerpflicht. Abschließend heißt es: "Wir danken den Lehrern für ihre Arbeit und wissen, wie wichtig es ist, dass den Jugendlichen die Prinzipien unserer Demokratie, aber auch die Gefährdungen der freiheitlichen Grundordnung vermittelt werden."

Die Politiker betonen, dass es anerüber den Extremismus und seine ver-

Sie loben den Pluralismus, der am Georg-Büchner-Gymnasium gelebt wird (von links): Irene Utter (CDU), Jens Matthias (Grüne), Raimo Biere (Freie Wähler), Kathrin Anders (Grüne), Jörg-Uwe Hahn (FDP), Chroistian Kühl (SPD). Fotos: Thomas Kopp/Archiv

Stimmvolk für Rattenfänger züchten

Politisch motivierte Gewalttaten - ob von Links oder von Rechts - sind von der Gesellschaft nicht zu tolerieren. Mündige Bürger sind gefragt, die nach vielen Kriegen geschaffene Demokratie in Deutschland zu verteidigen. Dies ist aber auch alles, was man mit den Aussagen von Andreas Lichert noch einigermaßen vereinbaren kann. Dass er versucht, die Erziehung von Jugendlichen zu mündigen, demokratischen und toleranten Bürgern als eine Heranführung zum Denunziantentum wie in den früheren deutschen Diktaturen hinzustellen, mag mit rhetorischer Brillanz garniert sein, doch kann man hinter diesen Aussagen schnell eine hässliche Fratze entdecken. Nämlich jene, die Duckmäuser fördert, die alles in sich rein-

fressen und in der ihnen vom demokratischen Staat garantierten Abgeschiedenheit der Wahlkabine dann als "Rache" ihr Kreuz bei populistischen Rattenfängern machen. So nicht. Herr Lichert! Ja, auch das

KOMMENTAR



Redaktion Vilbel

repressive System der DDR kann man in Schule einflechten, das wird im Unterricht aber auch getan. Doch was Aktualität angeht, muss man sich wohl weit mehr Sorgen darum machen, was gerade in Chemnitz geschieht. Und darum, mit welchen verfassungsfeindlichen Gruppierungen die AfD immer wieder kollaborieren soll. Schule soll Zeichen setzen. Das Georg-Büchner-Gymnasium tut das in exzellenter Art und Weise.

Sozialverhalten wird bewertet

Das Georg-Büchner-Gymnasium bewertet auch das Arbeits- und Sozialverhalten ihrer Schüler. Zu den Kriterien des Sozialverhaltens zählt nicht nur Verständnis, Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft gegenüber den

Mitmenschen, sondern auch die Akzeptanz gegenüber den Regeln demokratischen Handelns, Kritikfähigkeit, Integration in die Gemeinschaft und Engagement für die Interessen der Mitschüler. kop